



iran-report

Nr. 03/2005

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen / Der Noch-nicht-Kandidat Haschemi Rafsandschani / Ruf nach dem starken Mann / Demonstrationen in Iran zum 26. Jahrestag der Revolution / 14 Jahre Haft für einen Internetdienstbetreiber / Auslandsiraner werden umworben / 44 Prozent der Jugendlichen möchten aus Iran auswandern / Prozess gegen Nobelpreisträgerin Ebadi in Abwesenheit der Angeklagten

II. Wirtschaft

WTO lehnt Irans Aufnahmeantrag zum 21. Mal ab / Bau einer Gaspipeline nach Indien / 2020: Iran will zehn Prozent des Welt-Gasbedarf decken / Satellitenbau vertraglich festgelegt

III. Außenpolitik

Keine Einigung im Streit um Atomprogramm / EU-Kommissarin warnt Iran vor Ende diplomatischer Bemühungen / Deutsche Firmen in iranisches Atomprogramm verwickelt / Rätselhafte Explosion im Süden Irans / Bush erklärt Unterstützung für Israel / Vertrag Russland-Iran über Brennstofflieferung / Nordkorea sichert Iran Beistand zu / Kundgebung der Volksmodjahedin in Berlin / Gemeinsame Front Syrien-Iran



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 04/2005 Anfang April) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im März 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de

I. Innenpolitik

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen

Der Wahlkampf für die Wahl des Staatspräsidenten im Juni gewinnt immer mehr an Schärfe. Noch wird sowohl im Lager der Konservativen als auch im Lager der Reformen um eine Einigung auf einen oder mehrere Kandidaten gerungen. Im Lager der Reformen hat sich im Februar wenig Neues ereignet. Die beiden Kandidaten, der frühere Parlamentspräsident Mehdi Karrubi und der frühere Kultusminister Mostafa Moin, treten in verschiedenen Städten auf Versammlungen auf und versuchen die Teilnehmer von der Notwendigkeit der Fortsetzung der Reformen zu überzeugen. Um seine Popularität zu steigern, hat Moin inzwischen Reza Chatami, den Vorsitzenden der Moscharekat-Partei und Bruder des Staatspräsidenten, zu seinem Vize ernannt. Diese Ernennung könnte für Moin mehr Stimmen bringen, aber sein eigentliches Problem nicht lösen. Denn die entscheidende Frage ist zunächst, ob er vom Wächterrat überhaupt als Kandidat zugelassen wird. Eher ist das Gegenteil möglich. Ohnehin werden Karrubi mehr Chancen ausgerechnet als Moin. Dass die Reformen sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, wird sich auf jeden Fall bei der Wahl negativ auswirken.

Wesentlich desolater sieht es bei den Konservativen aus. Offenbar ist das fünfköpfige Gremium, das unter fünf Bewerbern einen Kandidaten wählen sollte, bereits gescheitert. Nun wurde das Gremium um zwei weitere Mitglieder vergrößert. Inzwischen haben sich anscheinend die fünf Bewerber mehr oder weniger selbständig gemacht und die ursprünglich eingegangene Verpflichtung, die Entscheidung des Gremiums zu akzeptieren, über Bord geworfen.

Mahmud Ahmadinejad, Bürgermeister der Hauptstadt Teheran, war von vornherein den von dem Gremium einberufenen Versammlungen, auf denen die Kandidaten sich und ihr Programm vorstellen sollten, ferngeblieben. Der Grund lag vermutlich in der berechtigten Annahme, dass die Wahl ohnehin nicht auf ihn fallen würde.

Ali Akbar Welyati, der ehemalige Außenminister, hat längst seinen eigenen Wahlkampf gestartet und dies damit begründet, dass das Gremium sich nicht

an den vereinbarten Entscheidungstermin gehalten habe. Zudem hat er erklärt, dass er, sollte Ex-Staatspräsident Rafsandschani kandidieren, seine Kandidatur zu dessen Gunsten zurückziehen würde.

Ali Laridjani, bis vor kurzem Direktor des staatlichen Rundfunks und Fernsehens, für den sich wahrscheinlich das Gremium entscheiden würde, hatte zunächst ebenfalls erklärt, er würde seinen Platz zugunsten Rafsandschanis räumen. Er hat zwar inzwischen von dieser Aussage Abstand genommen, sich aber auch gleichzeitig mit der Aussage, er werde sein Kabinett selbst bestimmen, von dem Gremium entfernt.

Ahmad Tawakoli, Mitglied des Parlaments, dessen Chancen, als Kandidat der Konservativen aufgestellt zu werden, sehr gering sind, versucht sich mit der Erklärung zu profilieren, er werde den Kampf gegen Rafsandschani aufnehmen und den Sieg davon tragen. Diese direkte Kampfansage ist aber nicht im Sinne des Gremiums. Dort herrscht nach wie vor Ratlosigkeit darüber, welche Taktik man im Falle der Kandidatur Rafsandschanis einschlagen sollte.

Mohsen Rezai, der frühere Kommandant der Revolutionswächter und jetziger Sekretär des „Rats zur Feststellung der Staatsräson“, war von vornherein mit dem Vorgehen des Gremiums unzufrieden und ist nicht bereit, sich den vereinbarten Auflagen zu beugen.

Es ist nun schwer vorstellbar, wie die Konservativen, in deren Lager sich inzwischen mehrere Fraktionen gebildet haben, aus diesem desolaten Zustand herauskommen wollen. Eine Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten scheint kaum noch denkbar. Bei mehreren Kandidaten hätte keiner von ihnen die Chance, beim ersten Wahlgang zu siegen. Sollte es einen zweiten Wahlgang geben und der Gegenkandidat Rafsandschani oder ein Kandidat der Reformen sein, wäre ein Sieg der Konservativen äußerst unwahrscheinlich.

Der Noch-nicht-Kandidat Haschemi Rafsandschani

Höchstwahrscheinlich wird der nächste Staatspräsident der Islamischen Republik Iran Haschemi Rafsandschani heißen. Im Volksmund wird er die graue E-



minenz genannt. Ali Akbar Haschemi Rafsandschani ist derzeit wohl der mächtigste Mann im Gottesstaat. Er leitet den „Rat zur Feststellung der Staatsräson“. Der Rat hat bei Konflikten zwischen dem Parlament und dem Wächterrat, der die Gesetze auf ihre Konformität mit der Verfassung und den Grundsätzen des Islam überprüft, das letzte Wort. Er kann also Entscheidungen des Parlaments bzw. des Wächterrats zurückweisen. Zudem ist Rafsandschani Mitglied des Expertenrats, eines Gremiums, das den Revolutionsführer wählt bzw. abwählen kann.

Der nun siebzugjährige geistliche Würdenträger mit weißem Turban und schwarzem Umhang wurde im August 1934 in Bahreman, nahe der im Süden des Landes gelegene Stadt Rafsandschan geboren. Sein Vater war Besitzer von Pistazienplantagen. Unter seinen neun Geschwistern war er der einzige, der sich der Theologie zuwandte. Ende der 50er Jahre zog er in die heilige Stadt Ghom und ging bei Ayatollah Chomeini in die Lehre. Als dieser 1964 verbannt und zunächst in die Türkei und danach in den Irak abgeschoben wurde, baute Rafsandschani gemeinsam mit anderen ein Netz von religiösen Aktivisten gegen das Schah-Regime auf. In der Öffentlichkeit war er völlig unbekannt. Sein Name tauchte zum ersten Mal nur kurz in den Medien auf, als er verhaftet wurde. Drei Jahre verbrachte er in Haft, danach arbeitete er offiziell als Prediger und setzte im Untergrund die politischen Aktivitäten fort. Innerhalb des religiösen Widerstandsnetzes war er vorwiegend für die Beschaffung von Finanzmitteln zuständig. Er wurde „Chomeinis Bankier“ genannt.

Nach Chomeinis Machtübernahme wurde er Mitglied des Revolutionsrats. Sein erster öffentlicher Auftritt auf einer Massenversammlung, wenige Wochen nach dem Sturz des Schah, setzte Zeichen. Chomeini saß auf einem Stuhl auf der Tribüne, Rafsandschani stand neben ihm und hielt eine programmatische Rede, die zugleich eine endgültige Abrechnung mit Oppositionellen und Kritikern war. „99 Prozent unseres Volkes unterstützt die Revolution“, sagte er. „Daneben gibt es eine Minderheit von einem oder einem halben Prozent, bestehend aus Anhängern des gestürzten Regimes, Mitgliedern westlicher und östlicher Geheimdienste und ein paar Gruppen mit vorgefertigten Ideologien. Diese winzige, schwer wahrnehmbare Minderheit glaubt, durch Verschwörun-

gen und Verrat unsere Revolution in Verruf bringen zu können.“ Er drohte, der „Strom der Volksmassen“, werde diese „Feinde des Islam wie stinkenden Schlamm hinwegwischen“. „Gott ist Zeuge, dass wir den Massen Einhalt gebieten“, sagte er. „Würden wir sie freilassen, würde kein einziger von diesen Verrätern sein Leben retten können“. Wenige Monate später wurde er Innenminister, danach Parlamentspräsident und während des Kriegs gegen Irak zugleich Beauftragter des Revolutionsführers für die Führung der Streitkräfte. Obwohl der Irak bereits nach sechs Monaten zu einem Waffenstillstand bereit war, setzte er den Krieg acht Jahre lang fort. Damit hat er nicht nur die Kriegsoffer mitzuverantworten, sondern auch die Hinrichtungen von zehntausenden von Oppositionellen, die in den ersten Jahren der Revolution erfolgten. Dennoch wurde er 1989 mit 94,5 Prozent der Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt und 1993 für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt.

Der Mann mit den kleinen, stechenden, schlaun Augen und dem spärlichen Bartwuchs ist unter den engsten Vertrauten Chomeinis der Einzige, der bislang alle Gefahren ungeschoren überstanden hat und aus allen Machtkämpfen siegreich hervorgegangen ist. 1980 kamen bei einem Sprengstoffattentat auf die Versammlung der Islamischen Republikpartei fast neunzig Personen ums Leben, darunter die wichtigsten Führer der Partei, zahlreiche Parlamentsabgeordnete, Minister, Staatssekretäre und einflussreiche Mullahs. Rafsandschani gehörte zu den Teilnehmern der Versammlung, doch wenige Minuten vor der Detonation verließ er ohne einen plausiblen Grund das Gebäude, was Anlass zu zahlreichen Gerüchten gab, zumal durch den Anschlag seine wichtigsten Rivalen ausgeschaltet wurden. In der Bevölkerung ist die Meinung verbreitet, nicht allein dieses, sondern auch zahlreiche andere Mordattentate im In- und Ausland seien in seinem Auftrag ausgeführt worden. Sogar der plötzliche Tod von Chomeinis Sohn Ahmad wird ihm angelastet. Ein Berliner Gericht sah es als erwiesen an, dass er bei dem Mykonosattentat, bei dem vier iranische Dissidenten im Berliner Lokal Mykonos ermordet wurden, zu den Auftraggebern gehörte. Auch bei den Kettenmorden der neunziger Jahre an Schriftstellern und Dissidenten in Iran soll er die Hand im Spiel gehabt haben. Der Journalist Akbar Gandji, der darüber Nachfor-



schungen angestellt hatte, wurde zu zehn Jahren Haft plus fünf Jahren Verbannung verurteilt.

Rafsandschani ist es gelungen, durch Beseitigung seiner Gegner sowie mit Hilfe eines Netzes von Gefolgsleuten seine Macht zu sichern. Seine Zöglinge sitzen an den wichtigsten Schaltstellen und er hält im Hintergrund die Fäden in der Hand. Auch wirtschaftlich ist seine Macht beachtlich. Der Gottesmann, der einst für ein Handgeld den Gläubigen himmlische Botschaften verkündete, besitzt inzwischen ein Vermögen, das auf mehr als eine Milliarde Dollar geschätzt wird. Er ist der größte Pistazienexporteur Irans. Der teuerste Staudamm des Landes, der zurzeit gebaut wird, dient vorwiegend zur Bewässerung seiner Pistazienplantagen. Ihm und seiner Familie gehören mehrere Touristenzentren im In- und Ausland. Sein Familienclan hat sich inzwischen zu einem Finanzimperium entwickelt. Sein ältester Sohn Mohsen baut die Teheraner Untergrund-Bahn, sein zweiter Sohn Mehdi macht Erdgas- und Erdöl-Geschäfte, sein jüngster Sohn besitzt große Weideländer, züchtet Schafe, Ziegen und Pferde, seine beiden Töchter Faezeh und Fatemeh sind im In- und Ausland im Immobilienbereich tätig, sein Schwager Mohsen Rafighdust leitete die reichste religiöse Stiftung. Er wurde allerdings vor einigen Jahren wegen Korruption seines Amtes enthoben. Rafsandschanis Vettern und Kusinen, Neffen und Nichten besitzen dominierende Anteile der inländischen Autoindustrie, des Exports von Pistazien und Safran, des Imports von Fahrzeugen, Papier und Maschinen. Das Ölministerium sowie das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen befinden sich in der Hand von Rafsandschanis engsten Verbündeten. Weite Teile des iranischen Schwarzmarkts werden vom Rafsandschani-Clan beherrscht.

Sein politischer Standort ist nicht auszumachen. Der gerissene Demagoge, der gewiefte Taktiker lässt sich nie in die Karten schauen. Mit einem Bein steht er bei den Konservativen, mit dem anderen bei den Reformern. Er ist wie ein Fisch, der einem aus der Hand weg schlüpft, wenn man ihn festhalten möchte. Er ist ein Pragmatiker, wenn es um den Erhalt seiner eigenen Macht und Interessen geht, ein fundamentalistischer Ideologe, wenn er seine Feinde bekämpft und ein Reformler, wenn er seine Basis schwinden sieht. Er lässt Krisen erzeugen, bei denen er

als einziger Retter seine Dienste anbieten kann. Während des iranisch-irakischen Krieges beschimpfte er die USA und Israel als große und kleine Teufel, war aber zur selben Zeit bereit, mit ihnen im Geheimen Waffengeschäfte zu machen. Bei der so genannten Iran-Contra-Affäre war er der wichtigste Partner der USA auf iranischer Seite.

Als die US-Regierung unter Clinton zur Normalisierung der Beziehungen die ersten Kontakte zur Regierung Chatami knüpfte, schürte Rafsandschani durch Intrigen das Feuer der Feindschaft. „Die Amerikaner sind dumm“, sagte er einmal beim Freitagsgebet. „Sonst würden sie mit jenen verhandeln, die in diesem Land das Sagen haben.“ Dasselbe Angebot wiederholte er Anfang Februar in einem Interview mit „USAToday“. Auf die Frage, ob er der einzige Politiker Irans sei, der die Konflikte mit den USA lösen könnte, sagte er: „Nicht der Einzige, aber einer von den wenigen.“ Die Amerikaner müssten ihren guten Willen zeigen, zum Beispiel das eingefrorene Guthaben Irans freigeben, dann könnte der Weg zu Verhandlungen frei werden.

Ruf nach einem starken Mann

Seit dem Sieg der Konservativen bei den manipulierten Parlamentswahlen von 2004 ist in Iran so gut wie alles ins Stocken geraten. Die Regierung der Reformler unter Chatami und das von Konservativen beherrschte Parlament sperren sich gegenseitig den Weg. In der Innenpolitik wurden alle Pläne der Regierung torpediert, in keinem Bereich ist ein Konzept durchsetzbar. Außenpolitisch steckt Iran in einer tiefen Krise. Das Atomprogramm, die Verbindungen zum internationalen Terrorismus, die Aktivitäten im Irak und in Afghanistan und nicht zuletzt die permanente und eklatante Verletzung der Menschenrechte fördern die Gefahr von Sanktionen oder gar eines militärischen Angriffs. Die Verhandlungen mit der EU drohen zu scheitern. Die Wahrscheinlichkeit, dass die EU auf die harte Linie Washingtons umschwenkt, wird immer größer. Zeit für einen starken Mann. Der Mann ist kein anderer als Haschemi Rafsandschani - diese Botschaft versucht dieser seit Monaten dem Volk zu suggerieren. Zwar ist er der am meisten verhasste Politiker im Land. Dennoch denken inzwischen viele, er könnte tatsächlich der Retter sein.



Im Juni sind Präsidentschaftswahlen. Tag für Tag berichten die Medien, dass Parteien, Gruppen, Verbände den „erfahrenen, mächtigen Politiker“ bitten, für das Amt zu kandidieren. Aber er lässt sich Zeit. „Das Land befindet sich innen- und außenpolitisch in einer tiefen Krise“, sagt er immer wieder. „Ich bin sehr besorgt. Meine Hoffnung ist, dass fähige Leute das Ruder in die Hand nehmen und die Gefahren von unserem Land abwenden. Ich werde also bis zum letztmöglichen Termin abwarten. Sollte sich doch keiner finden, der dazu in der Lage wäre, werde ich mich opfern und meine Erfahrungen in den Dienst des Volkes stellen.“

Die Taktik zeigt Erfolg. Sowohl die Konservativen als auch die Reformer blamieren sich mit ihren Kandidaten, die im Vergleich zum großen Meister wie Zwerge aussehen. Rivalitäten und Streitigkeiten haben in beiden Lagern zu Spaltungen geführt. Rafsandschani lacht sich ins Fäustchen. Er kann warten. Den besten Wahlkampf machen andere für ihn.

Demonstrationen zum 26. Jahrestag der Revolution in Iran

Am 10. Februar, dem 26. Jahrestag der Revolution, fanden in vielen Städten Irans Demonstrationen statt. Die Staatsführung wollte vor allem dem Ausland demonstrieren, dass sie von den breiten Massen unterstützt wird und man im Falle eines äußeren Angriffs mit einem enormen Widerstand rechnen muss. Tatsächlich nahmen trotz starkem Schneefalls und Kälte mehrere zehntausend Männer, Frauen und Kinder in der Hauptstadt Teheran an der Demonstration teil. „Tod USA, Tod Israel“ skandierten die Massen. Auf der Hauptkundgebung warnte Staatspräsident Chatami die USA vor einer Militärintervention. „Iran ist gegen einen Krieg, aber sollte es soweit kommen, dann würden die Menschen hier ihre politischen Differenzen außer Acht lassen, die islamischen Werte verteidigen und den Invasoren eine brennende Hölle bereiten“, sagte der Präsident.

In einer Resolution, die auf der Kundgebung verlesen wurde, heißt es: „Das große, stolze, islamische Volk Iran ist davon überzeugt, dass die Ziele der islamischen Revolution nur verwirklicht werden können, wenn es Imam

Chomeini und den verstorbenen Märtyrern die Treue erweist, wenn es sich einheitlich zum System des Welayat-e faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit) bekennt und wenn es den Anweisungen des Revolutionsführers folgt. (...) Das iranische Volk erklärt ausdrücklich, dass es willens ist, sein verbrieftes Recht wahrzunehmen und die Entwicklung der Nukleartechnologie fortzusetzen.“ Weiter heißt es in der Resolution, die Behauptung westlicher Mächte wie USA, Großbritannien und das „zionistische Regime“, Iran wolle Atombomben bauen, sei nichts anders als „eine listige Lüge“, die einer militärischen Intervention als Vorwand dienen sollte. Das Volk sei entschieden gegen eine Verlängerung der Verhandlungen. Es werde niemals von seinem Ziel, die Atomenergie friedlich zu nutzen, abweichen.

14 Jahre Haft für einen Internetdienstbetreiber

Arasch Sigartschi, Betreiber des Internetdienstes „Eltehab“, der aus der Provinz Gilan im Norden Irans stammt, wurde zu 14 Jahren Haft verurteilt. Dem 28-Jährigen wurden „Spionagetätigkeit und Beleidigung des Revolutionsführers“ vorgeworfen. Sigartschi ist Chefredakteur der in Gilan erscheinenden Zeitung „Gilan Emruz“. Auf seiner Internetseite schrieb er kritische Stellungnahmen zu politischen und gesellschaftlichen Themen und setzte sich für die Freilassung politischer Häftlinge und die Pressefreiheit ein.

Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur ILNA hat der in Teheran ansässige Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit gegen das Urteil protestiert. In der von der Agentur veröffentlichten Stellungnahme wird von einer „neuen Phase“ der Repression gegen die Presse, insbesondere gegen Internetdienste und Weblogger gesprochen.

Auch die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hat in einer am 24. Februar veröffentlichten Presseerklärung die sofortige Freilassung Sigartschis gefordert. Sie erinnert daran, dass Iran mit elf inhaftierten Journalisten „das größte Gefängnis für Reporter“ im Nahen und Mittleren Osten bildet. In der Erklärung wird darauf verwiesen, dass Irans Revolutionsführer Ali Chamenei zu den 36 Staatsoberhäuptern gehört, die „Reporter ohne Grenzen“ als Feinde der Pressefreiheit bezeichnet haben.

**Auslandsiraner werden umworben**

Während Jahr für Jahr zahlreiche Iranerinnen und Iraner, insbesondere Jugendliche, das Land verlassen, will sich die Regierung der Islamischen Republik mehr um die Landsleute im Ausland kümmern. Den „Hohen Rat für Iraner im Ausland“ bilden neben Sachverständigen auch zwölf Minister. Der Rat soll Pläne entwickeln, wie sich die Iraner im Ausland für die alte Heimat engagieren können. Die Idee wurde in den 90er Jahren in der Regierungszeit Haschemi Rafsandschanis geboren. Es ging in erster Linie darum, iranische Fachkräfte und Wissenschaftler für die Durchführung von Projekten im Inland zu engagieren sowie Unternehmer zu Investitionen zu ermuntern. Es scheint, dass nun neben den beiden genannten Zielen ein drittes Ziel angestrebt werden soll. Man will, dass einflussreiche Iraner im Westen – Unternehmer, Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller und Künstler – für Iran eine Lobby bilden und die außenpolitischen Standpunkte der Islamischen Republik erläutern und unterstützen. Ein Ziel, das unerreichbar ist: Es wird kaum einflussreiche Iraner geben, die sich die politischen Standpunkte Teherans zueigen machen würden. Wie soll ein Regime, das im Inland seine Basis immer mehr verliert, unter denen Anhänger finden, die ihr Land verlassen und ein Leben im Exil dem in der Heimat vorgezogen haben?

Auf der ersten Sitzung des Rates, an der auch Präsident Chatami teilnahm, sagte der Staatspräsident, die Regierung müsse den Iranern im Ausland größere Unterstützung gewähren, um deren Fähigkeiten für die Entwicklung des Landes einsetzen zu können. Es gäbe unter den Iranern im Ausland „hochbegabte, wertvolle und einflussreiche“ Personen, „deren Engagement wir für unser Land verstärken müssen.“

Außenminister Kamal Charrasi legte dem Rat einen Bericht über die Lage der Iraner im Ausland vor. Es wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Ausbildung und Kommunikation, Wirtschaft und Handel aktiv werden sollen. Die Gruppen sollen von zuständigen Ministern direkt geleitet werden.

44 Prozent der Jugendlichen möchten aus Iran auswandern

Aus einer Umfrage, die der Nationale Verein der Jugend Irans in Auftrag gab, geht hervor, dass 44 Prozent der Jugendlichen Irans den Wunsch haben, aus dem Land auszuwandern. Mohammad Said Zokai, Leiter der Forschungsabteilung des Vereins, führte das besorgniserregende Ergebnis der Umfrage auf eine kritische Lage zurück, in der „die Jugend Irans zurzeit steckt“. Seiner Ansicht nach befinden sich Jugendliche in einer wirtschaftlichen, finanziellen und beruflichen Unsicherheit. Sie seien der Meinung, dass sie alle ihre Probleme im Ausland besser bewältigen könnten.

Befragt wurden 16 000 Jugendliche in dreißig verschiedenen Provinzen des Landes. 40 Prozent der Befragten nannten die fehlende Berufsperspektive als Grund für den Wunsch nach Auswanderung, 20 Prozent nannten wirtschaftliche und finanzielle Gründe und 18 Prozent Familienprobleme. 24 Prozent erklärten, sie hätten große Probleme mit der Ausbildung. Für den Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten und das Fehlen einer Berufsperspektive machten die Befragten die Regierung verantwortlich.

86 Prozent der befragten Jugendlichen erklärten, sie seien stolz Iraner zu sein, 70 Prozent meinten, sie würden Iran jedem anderen Land zum Leben vorziehen, 65 Prozent wollten unter keinen Umständen ihre iranische Staatsangehörigkeit aufgeben. 37 Prozent erklärten, sie seien religiös bzw. stark religiös, während 51 Prozent sich als weniger gläubig bezeichneten.

Die Umfrage zeigte, dass Frauen doppelt so stark wie Männer um ihre Zukunft besorgt sind.

Prozess gegen Nobelpreisträgerin Ebadi in Abwesenheit der Angeklagten

Der erste Verhandlungstag im Prozess gegen Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi fand in Abwesenheit der Angeklagten statt. Sie wird beschuldigt Unwahrheiten verbreitet zu haben.

Wir hatten bereits berichtet (s. IR 2-05), dass Schirin Ebadi sich geweigert hatte, einer Vorladung des Revolutionsgerichts Folge zu leisten. Sie war ohne Angaben von Gründen aufgefordert



worden, sich innerhalb von drei Tagen zu melden und „einige Erklärungen abzugeben“. Die Anwältin und Frauenrechtlerin hatte die Vorladung als rechtswidrig bezeichnet. Außerdem stellte sie die Legitimität der Revolutionsgerichte in Frage. „Derartige Gerichte mögen während der Revolution gerechtfertigt sein. Danach verlieren sie ihre Legitimität“, sagte sie.

Die Vorladung löste weltweit Proteste aus. Die Justiz reagierte darauf und versuchte die aufgebrachtten Gemüter zu beruhigen. Justizsprecher Djamal Karimi erklärte auf einer Pressekonferenz, der Justiz sei ein Fehler unterlaufen, die Vorladung Ebadis hätte nicht durch das Revolutionsgericht, sondern durch die Teheraner Staatsanwaltschaft erfolgen müssen. Zudem handele es sich um eine private Anzeige gegen Ebadi. Diese sei aber so geringfügig, dass man sie zu den Akten legen könne. Auch der Teheraner Justizchef Alizadeh meinte, man hätte mit der Vorladung Frau Ebadi den Gegenstand der Anzeige sowie den Namen des Klägers mitteilen müssen. Damit hätte man das Missverständnis, es handle sich um eine politische oder presserechtliche Angelegenheit, vermeiden können. Inzwischen habe sich herausgestellt, dass die eingereichte Privatanzeige unbegründet sei.

Offensichtlich meint die Justiz, ungeachtet der vor einigen Wochen abgegebenen Stellungnahmen, jetzt, nachdem die Protestwelle vorbeigerauscht ist, doch wieder zugreifen zu können. Laut Äußerungen von Mohammad Seyfsadeh, Ebadis Anwalt, geht es bei dem Prozess um die so genannte „Videoaffäre“, die auf das Jahr 2000 zurückgeht. Damals hatte Amir Farscha Ebrahimi, Mitglied einer bekannten Killer- und Schlägergruppe, im Beisein der Anwältin Schirin Ebadi und des Anwalts Mohsen Rahami aus der Schule geplaudert und Informationen über die Gruppe, deren wichtigsten Aktivisten und einflussreiche Auftraggeber vorgelegt. Seine Äußerungen wurden auf Video aufgenommen und später sowohl Staatspräsident Chatami als auch der Justiz zur Verfügung gestellt. Die Informationen drangen auch an die Öffentlichkeit. Statt den Aussagen nachzugehen und die Beschuldigten vor Gericht zu stellen, reagierte die Justiz mit einem Prozess gegen Ebadi und Rahami. Beide wurden in Haft genommen. Das Gericht verurteilte sie zu hohen Geldstrafen und vorübergehendem Berufsverbot. Dennoch wurde die Akte

nicht geschlossen. Sie blieb weiterhin offen, um im Falle von privaten Anzeigen wieder aufgerollt werden zu können.

Nach nun fünf Jahren soll ein gewisser Hossein Allah Karam, ein landesweit bekannter Killer und Fundamentalist, gegen Ebadi Anzeige erstattet haben. Die Methode, die Akte offen zu lassen, um sie bei Bedarf wieder aufnehmen zu können, ist altbekannt. Sie wird seit Jahren bei Dissidenten angewandt, auch dann, wenn sie ihre Strafe verbüßt haben. Die „offene Akte“ ist wie ein Damoklesschwert. Sie dient dazu, die Dissidenten von weiteren Aktivitäten abzuhalten. Wie der Richter mitteilte, wird der Prozess gegen Ebadi in einem Monat fortgesetzt.

Indes wandte sich Ebadi in einem persönlichen Schreiben an Staatspräsident Chatami. Darin berichtet sie, dass sie permanent mit dem Tod bedroht werde. „Mein Leib und Leben ist in Gefahr und ich werde ständig an meinen Aktivitäten gehindert“, schreibt Ebadi.



II. Wirtschaft

WTO lehnt Irans Aufnahmeantrag zum 21. Mal ab

Die Internationale Handelsorganisation (WTO) hat den Aufnahmeantrag Irans zum 21. Mal abgelehnt. Seit achteinhalb Jahren versucht Iran die Mitgliedschaft der WTO zu erreichen und scheitert immer wieder am Veto der USA. Dieses Mal hatte die EU Iran ihre Unterstützung zugesagt. Doch offenbar ist es ihr nicht gelungen, die USA umzustimmen. Gemäß der Satzung der Organisation bedarf jede Neuaufnahme der Zustimmung sämtlicher Mitglieder. Allerdings war nach den neuen Attacken Washingtons gegen Iran kaum denkbar, dass die USA gerade jetzt, wo sie mehr Druck auf Iran fordern und sogar einen militärischen Angriff gegen Iran nicht ausschließen, nachgeben würden. Dennoch hielt es Hamed Rohani, Irans Delegationsleiter bei den Verhandlungen mit der WHO, für angebracht, die EU zu kritisieren. „Dass die EU bei der entscheidenden Sitzung mit einem Redebeitrag von wenigen Minuten die Position Irans unterstützte, ist aus unserer Sicht betrachtet keineswegs ausreichend“, sagte Rohani. „Erst wenn es ihr gelingen würde, die USA von der Ablehnung zurück zu halten, sind wir davon überzeugt, dass die EU ihr Versprechen eingehalten hat.“ Rohani fügte hinzu, dass die Aufnahme Irans mit den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm im Zusammenhang stehe. Sollten diese Verhandlungen erfolgreich verlaufen, könne Iran damit rechnen, bei der nächsten Sitzung der WTO im April mehr Erfolg zu haben.

Bau einer Gaspipeline nach Indien

Außenminister Kamal Charrasi traf am 20. Februar zu Verhandlungen über die geplante Pipeline von Iran nach Indien in Neu Delhi ein. Neben Gesprächen mit Ministerpräsident Manmohan Singh und Außenminister Natwar Singh hielt er vor der iranisch-indischen Wirtschaftskommission eine Rede über die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und Iran.

Die Reise fand zu einer Zeit statt, in der sich der internationale Druck auf Iran verstärkte. Neu Delhi hat sich bislang aus dem Streit um das iranische Atomprogramm herausgehalten und sich lediglich damit begnügt, als Mitglied des internationalen Atomsperr-

vertrags (NPT) Iran aufzufordern, Kontrollen der Internationalen Atombehörde (IAEA) zu akzeptieren.

Das wichtigste Thema bei dem Besuch war jedoch der iranische Gasexport nach Indien. Seit 1994 ist der Bau einer Pipeline von Iran nach Indien im Gespräch. Das Problem, das bislang nicht ganz gelöst zu sein scheint, besteht in der Frage, auf welchem Weg die Pipeline gebaut werden soll. Der kürzeste und wohl einfachste Weg wäre über Pakistan. Doch bekanntlich gibt es zwischen Indien und Pakistan immer wieder Auseinandersetzungen, die bisher öfters auch militärisch geführt wurden. Sollten diese Auseinandersetzungen fort dauern, wäre die Pipeline permanent gefährdet. Man könnte natürlich auch den Weg über Turkmenistan, Afghanistan oder Bangladesch nehmen. Diese Wege wären allerdings länger und dementsprechend kostspieliger.

Eine Woche vor dem Besuch Charrasis gab es ein Treffen zwischen dem indischen und pakistanischen Außenminister, bei dem auch über die Pipeline gesprochen wurde. Da es in letzter Zeit eine Annäherung zwischen Indien und Pakistan gegeben hat und beide Staaten bestrebt sind, ihre Konflikte auf friedlichem Weg zu lösen, könnte ein gemeinsames Projekt der beiden Staaten mit Iran, das ökonomisch sowie politisch zum Vorteil aller drei Staaten wäre, die neue Beziehung zwischen Indien und Pakistan sogar stabilisieren.

Die Pipeline wird, soweit sie durch Pakistan gebaut wird, eine Länge von 2775 Kilometer haben. Sie soll ein bis anderthalb Meter unter der Erde liegen. Ein Satellit soll die Pipeline kontrollieren und jede Störung sofort melden. Experten sind der Meinung, dass durch diese Einrichtung Reparaturen spätestens innerhalb von drei Tagen geleistet werden könnten.

Iran und Indien haben im vergangenen Jahr einen Vertrag für die Dauer von 25 Jahren im Wert von zwanzig bis dreißig Milliarden US-Dollar unterzeichnet. Gemäß diesem Vertrag soll Iran jährlich fünf bis siebeneinhalb Millionen Tonnen natürliches Flüssiggas an Indien liefern. Das Projekt soll im Jahr 2009 beginnen. Iran hofft sogar, bis zum Jahr 2015 jährlich zehn bis fünfzehn Millionen Tonnen Flüssiggas und 50 Millionen Kubikmeter Gas

durch die Pipeline nach Indien exportieren zu können.

Nach Schätzungen von Experten wird der Gasverbrauch Indiens aufgrund der sich rasch entwickelnden Wirtschaft bis zum Jahr 2050 auf täglich 400 Millionen Kubikmeter steigen. Zurzeit liegt der tägliche Gasverbrauch bei 90 Millionen Kubikmeter.

Iran verfügt über Gasreserven von etwa siebeneinhalb Trillionen Kubikmeter und steht damit nach Russland an zweiter Stelle in der Welt.

2020: Iran will zehn Prozent des Welt-Gasbedarfs decken

Einem Bericht der Deutschen Welle zufolge sagte Azizollah Ramezani, der für die Strategie der Nationalen Iranischen Gasgesellschaft zuständig ist, Iran sei bestrebt, spätestens in fünfzehn Jahren zehn Prozent des Gasbedarfs in der Welt zu decken. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste die Gasproduktion in den Feldern von Süd-Pars (am Persischen Golf) in fünfundzwanzig Phasen erweitert werden. Experten hätten festgestellt, dass sich in diesem Gebiet sieben Prozent der Weltreserven und vierzig Prozent der Gasreserven Irans befinden. Gleichzeitig seien für den Beginn jeder neuen Phase der Produktionssteigerung auch entsprechende Verkaufsverträge mit bereits festgelegten Abnehmern vorgesehen.

Achtzehn Prozent der gesamten Ölreserven der Welt befinden sich in Iran. Der steigende Bedarf der Industrieländer an natürlichem Gas, der sich durch die rasche Entwicklung in China und Indien zusätzlich erhöht, verleiht Iran eine wichtige strategische Rolle.

Die Modernisierung der Gasförderanlagen werde bereits im Jahr 2009 die Produktion auf täglich 576 Millionen Kubikmeter steigern. Dafür seien Investitionen in Höhe von drei Milliarden Dollar erforderlich, sagte Ramezani.

Noch vor zehn Jahren musste Iran einen Teil seines Gasbedarfs aus Turkmenistan importieren. Inzwischen beliefert Iran die Türkei mit Gas. Der Gasexport in die Türkei betrug im vergangenen Jahr sieben Milliarden Kubikmeter. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll diese Menge auf zehn Milliarden Kubikmeter gesteigert werden. Der Vertrag

zwischen der Türkei und Iran beläuft sich auf 25 Jahren. Auch Turkmenistan hat die Einfuhr von jährlich 2,3 Milliarden Kubikmeter Gas aus Iran vertraglich vereinbart. China und Indien werden ab 2009 jeweils 7,5 Millionen Kubikmeter Gas aus Iran importieren. Im Falle der Beilegung des Atomkonflikts wird Iran mit der EU ähnliche Verträge schließen.

Satellitenbau vertraglich festgelegt

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Iran und einem russischen Unternehmen über den Bau eines Satelliten wurde Anfang Februar Einigung erzielt. Das 132 Millionen Dollar Projekt soll Iran den ersten Satelliten beschere. Der Satellit „Sohreh“ (Venus) soll für Telefonverbindungen, Radio- und Fernsehungen verwendet werden. Laut Vertrag sollen iranische Fachexperten bei allen Etappen des Satellitenbaus anwesend sein.

Der Satellit wird fünfzehn Jahre einsatzfähig sein. Für die Fertigstellung sind zweieinhalb Jahre vorgesehen. Schon vor Jahren hatte die International Telecommunication Union (ITU) Iran drei Umlaufbahnen zur Verfügung gestellt. Um diese nutzen zu können, musste sich das Land Satelliten aus Russland leihen. Dafür musste Iran schätzungsweise bislang 20 Millionen Dollar bezahlen.

Die russische Firma Aviaexport hatte bereits vor drei Jahren die Ausschreibung für das Projekt gewonnen, schien jedoch nicht imstande zu sein, die Vorgaben Irans realisieren zu können. Die Verhandlungen scheiterten vor allem auch daran, dass Iran eine staatliche Garantie Russlands verlangte, während Aviaexport das Projekt als ein Geschäft zwischen zwei Gesellschaften betrachtete, das internationalen Bestimmungen und Vereinbarungen unterliegt. Die Uneinigkeit führte schließlich zum Abbruch der Verhandlungen. Iran beschloss, auf den Bau eines eigenen Satelliten vorerst zu verzichten und bezüglich der Entwicklung seiner Kommunikationstechnik zu anderen Ländern wie Frankreich, Griechenland und Südafrika Verbindung aufzunehmen.

Nun wurde unerwartet der Vertrag mit Aviaexport doch unterzeichnet. Unklar bleibt, ob der russische Staat die Garantie für das Projekt übernommen hat.



III. Außenpolitik

Keine Einigung im Streit um Irans Atomprogramm

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm rückte im Februar immer mehr in den Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit. US-Präsident George W. Bush und die neue US-Außenministerin Condoleezza Rice erklärten mehrmals, dass Washington die Option eines militärischen Angriffs nicht aufgeben werde. Die Washington Post berichtete, die USA seien seit einem Jahr dabei, durch unbemannte Flugzeuge Erkenntnisse über iranische Atomanlagen und über die iranische Abwehr zu gewinnen. Die mit Radar, Kameras und Luftsensoren ausgerüsteten Drohnen seien von Militärstützpunkten im Irak aus eingesetzt worden.

Iran reagierte auf den Bericht mit der Ankündigung, mit äußerster Härte gegen die Spionageversuche vorzugehen. „Wir glauben, dass die USA seit einiger Zeit Aufklärungssatelliten und andere Instrumente einsetzen, um Iran auszuspionieren“ sagte Informationsminister Ali Junessi der Nachrichtenagentur IRNA. Die iranische Luftwaffe sei bereit, unbekannte Flugobjekte abzufangen. „Wenn eines dieser Objekte näher käme, würden wir es definitiv abschießen“, sagte der Minister.

Aber nicht nur die USA, sondern auch die EU-Staaten schienen nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Iran in Genf eine härtere Gangart einlegen zu wollen. Das EU-Trio Deutschland, Frankreich, Großbritannien hatte angeboten, Iran bei der Beschaffung eines Leichtwasserreaktors, der über ein wesentlich geringeres Potenzial für eine militärische Umwindung verfügt als ein Schwerwasserreaktor, behilflich zu sein. Teheran sollte im Gegenzug der dauerhaften Aussetzung der Urananreicherung zustimmen. „Wir begrüßen das Angebot, aber es wird den Schwerwasserreaktor in keinem Fall ersetzen“, sagte Irans Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi. Damit nicht genug. Sein Land wolle in den kommenden Jahren zu einem Hauptlieferant von nuklearem Brennstoff werden, fügte Assefi hinzu.

Dem deutschen Außenminister platzte der Kragen. „Für mich ist klar, wenn die Gespräche kollabieren, dann wäre das ein Fall für den UN-Sicherheitsrat“, sagte Fischer bei der

Sicherheitskonferenz in München. Iran solle sich nicht verrechnen. Ein nukleares Wettrüsten im Mittleren Osten wäre ein „Alptraum“. Er plädierte für eine gemeinsame Strategie von EU und USA. Doch die USA weigern sich, an den Verhandlungen teilzunehmen. Ihr Ziel ist, der EU ihren harten Kurs gegen Iran aufzuzwingen.

Die US-Regierung stand von Anbeginn den Vermittlungsversuchen der Europäer ablehnend gegenüber. Nicht nur weil sie davon überzeugt ist, dass Iran schon seit Jahren an der Atombombe arbeitet. Ein Erfolg der EU würde zum Einen den politischen und vor allem wirtschaftlichen Einfluss der EU-Staaten im Nahen und Mittleren Osten erheblich verstärken bzw. die USA noch mehr isolieren und zum anderen den Nachweis erbringen, dass sich die Konflikte diplomatisch besser lösen lassen als militärisch. Hinzu kommt, dass der US-Plan, die gesamte Region neu zu ordnen (Greater Middle East) nicht mit dem Regimewechsel in Afghanistan und Irak beendet ist. Weit wichtiger als diese beiden Staaten sind Syrien und Iran. Zwar werden die USA wohl im Augenblick keine weiteren Abenteuer wagen, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Die Europäer haben einen großen Fehler begangen, indem sie die Latte zu hoch gehängt und von Iran die dauerhafte Aussetzung der Urananreicherung verlangt haben. Damit sprechen sie dem Land ein Recht ab, das jedem Mitglied von NPT (Non-Proliferation Treaty - Nichtverbreitung von Atomwaffen) zusteht. Natürlich wäre die Atombombe in der Hand der Mullahs eine grauenhafte Vorstellung. Und einiges deutet darauf hin, dass Iran, trotz ständiger Beteuerungen, die Atomenergie nur friedlich nutzen zu wollen, am Bau der Bombe arbeitet. Bewiesen ist es aber noch nicht. Im Gegenteil, der Chef der Internationalen Atombehörde (IAEA), Mohammed El Baradei, sagte der Washington Post, seine Behörde habe bislang keine Aktivitäten in dieser Richtung feststellen können.

Umso mehr pocht Iran auf sein Recht der Weiterentwicklung der Atomtechnologie, die inzwischen zu einem nationalen Prestigeobjekt geworden ist. Sämtliche Fraktionen, von rechten Konservativen bis zu den Reformern bestehen auf die Fortführung des Programms. Das Parlament debattiert zurzeit über eine Vorlage, die die Regierung auf-



fordern soll, die Urananreicherung sofort wieder aufzunehmen. Sollte die Staatsführung hier einen Rückzieher machen, würde sie bei ihrer Basis, die inzwischen ohnehin auf höchstens zehn Prozent der Bevölkerung geschrumpft ist, einen erheblichen Vertrauensverlust riskieren. Allem Anschein nach will sie dieses Risiko nicht eingehen. Tut sie es nicht, geraten die EU-Staaten zwangsläufig in das Fahrwasser der USA und müssen Sanktionen und vielleicht auch militärischen Maßnahmen zustimmen.

Hätten die Europäer statt der dauerhaften Aussetzung der Urananreicherung schärfere Kontrollen gefordert, wäre die Chance auf Erfolg weitaus größer gewesen. Dann hätten sie auch die Möglichkeit gehabt, auf anderen Gebieten mehr Druck auszuüben. Die Gefahr, die von Iran ausgeht, besteht nicht allein in seinem Atomprogramm. Es geht um die Rolle Irans im Nahost-Konflikt, im Irak und in Afghanistan, es geht auch um die Unterstützung des Terrorismus und nicht zuletzt um die eklatante und permanente Verletzung der Menschenrechte. Ein massiver Druck auf diesen Gebieten bei gleichzeitiger Verschärfung der Kontrollen wäre weit effektiver als die Forderung nach Verzicht auf Urananreicherung.

Präsident Bush hat bei seinem Besuch in Europa immer wieder betont, dass ein militärischer Angriff gegen Iran nicht geplant sei und dass Washington eine diplomatische Lösung des Konflikts vorziehen würde. Doch diese verbalen Bekundungen stehen im Widerspruch zu der Tatsache, dass Washington sich nach wie vor weigert, an den Verhandlungen teilzunehmen oder zumindest konstruktiv und aktiv die Bemühungen des EU-Trios zu unterstützen. Obwohl Teheran zuvor eine Beteiligung der USA an den Verhandlungen ablehnte, sprach sich Hassan Rohani, Chef des Nationalen Sicherheitsrats und Chefunterhändler für Atomfragen, bei einem Treffen mit Bundesaußenminister Fischer am 25. Februar in Berlin für eine Einbindung der USA in die Verhandlungen aus. "Iran würde es begrüßen, wenn die USA helfen würden", sagte Rohani. Die Verantwortung für die direkten Verhandlungen lägen nach Teherans Auffassung allerdings weiter bei dem EU-Trio aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich.

Fischer sprach nach der Unterredung mit Rohani von einem „sehr sehr offenen und intensiven, an der Sache orientierten Meinungs austausch über einen schwierigen Gegenstand“. Man wolle die Gespräche im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse, aber auch im Interesse der regionalen Stabilität zum Erfolg bringen. Das ist nicht einfach: die gegenseitigen Positionen sind komplex und schwierig zu überbrücken“, betonte Fischer. Der deutsche Außenminister stellte zwar fest, dass sich die Positionen nicht geändert hätten, meinte aber zugleich: „Wir dürfen die Chance, eine einvernehmliche Lösung zu finden und eine Krise mit unkalkulierbaren Folgen zu vermeiden, nicht verstreichen lassen.“

Rohani, der am Tag zuvor zum gleichen Thema mit Präsident Chirac in Paris eine Unterredung geführt hatte, erklärte, die Verhandlungen seien eine wichtige Botschaft für die ganze Welt. Sie laute: Auch schwierigste Fragen könne man im Dialog erörtern. Wie nun die konträren Standpunkte Teherans, die Urananreicherung unter allen Umständen fortsetzen zu wollen und der EU, Iran müsse dauerhaft auf die Anreicherung verzichten, miteinander in Einklang gebracht werden sollen, scheint bisher niemand zu wissen.

EU-Kommissarin warnt Iran vor Ende diplomatischer Verhandlungen

EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner hat Iran vor einem Ende diplomatischer Verhandlung über das iranische Atomprogramm gewarnt. Zwar hätten die USA ihre Bereitschaft signalisiert, die diplomatischen Bemühungen der EU-Staaten zu unterstützen und dabei keinen Zeithorizont vorgegeben, sagte die Kommissarin der Tageszeitung „Die Welt“. Aber es sei selbstverständlich, dass die Verhandlungen nicht ewig dauern könnten. Teheran sei bewusst, was geschehen könnte, wenn die Verhandlungen nicht zum Erfolg führen würden. In einem solchen Fall „müssen auch die Europäer ihre Position überdenken“, sagte Ferrero-Waldner.

Deutsche Firmen in iranisches Atomprogramm verwickelt

Unter Berufung auf geheime Unterlagen des Zollkriminalamtes und des Bundesnachrichtendienstes berichtete das Fernseh-Magazin „report München“,



deutsche Firmen seien offenbar in das iranische Atomprogramm verwickelt. Die Fahnder ermittelten gleichzeitig in mehreren deutschen Städten, schreibt das Magazin. Ein Stuttgarter Unternehmer stehe im Verdacht, Halbleitermodule zum Bau einer Atombombe nach Iran geliefert zu haben. Dem Bericht zufolge gibt es auch Ermittlungen gegen Firmen in Berlin und Sachsen-Anhalt wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz.

Rätselfhafte Explosion im Süden Irans

Eine Explosion in der südiranischen Provinz Buschihr am 16. Februar sorgte für Aufregung. Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats betonte in Teheran, Ursache der Explosion seien nach Angaben des Gouverneurs von Buschihr Sprengarbeiten für einen Staudamm gewesen. „Was auch immer passiert ist: Es hatte nichts mit unserer Atomanlage zu tun“, sagte der Sprecher der Nachrichtenagentur ISNA. Sowohl die USA als auch Israel hatten umgehend versichert, sie hätten mit dem Vorfall nichts zu tun.

Der arabische Dienst des staatlichen Fernsehsenders Irib al Alam hatte berichtet, Einwohner der Stadt Sailam hätten eine Explosion gehört und beobachtet, wie ein Flugzeug rund 20 Kilometer von der Stadt entfernt eine kleine Rakete abgeschossen habe. Der Atomreaktor von Buschihr liegt etwa 150 Kilometer von Dailam entfernt. Was auch immer die Ursache der Explosion gewesen sein mag, sie wirkte wie ein Test. Die Nachricht löste einen Schock aus. Unmittelbar nach der Detonation stieg der Öl-Preis. Der Dollar erreichte gegenüber dem Euro und dem Schweizer Franken ein Tagestief.

Bush erklärt Unterstützung für Israel

Widersprüchliche Meldungen in der israelischen Presse erschweren eine klare Einschätzung der israelischen Strategie gegenüber Iran. Zahlreiche Berichte in den letzten Monaten und Wochen besagten, dass Israel davon überzeugt sei, dass Iran inzwischen in der Lage sei, Atombomben herzustellen, was für Israel eine ernsthafte Bedrohung darstelle. Demzufolge würden Strategien entwickelt, dem Vorhaben Irans zuvorzukommen, wie zum Beispiel mit der Bombardierung iranischer Nuklearanlagen. Pläne dafür seien von israelischen

Geheimdiensten und Militärs der Regierung bereits vorgelegt worden. Im Einklang mit diesen Meldungen warnten führende Politiker Israels immer wieder davor, sich auf Bekundungen Teherans zur friedlichen Nutzung der Atomenergie zu verlassen.

Kurz vor der Detonation in der Provinz Buschihr hatte Israel mit der Bombardierung iranischer Atomanlagen gedroht. Israels Außenminister Silvan Schalom sagte: „Die Frage ist nicht, ob die Iraner bis 2009, 10 oder 11 eine Atombombe haben werden, die wesentliche Frage ist, ob sie das Wissen dazu haben werden.“ Innerhalb von sechs Monaten könnten alle dafür notwendigen Tests und Experimente der Iraner bereits abgeschlossen sein. „Dieses extreme Regime mit einer Atombombe ist ein Albtraum, nicht nur für uns.“

Wenige Tage nach dieser Äußerung meldete allerdings AFP, Israel befürworte im iranischen Atomkonflikt eine diplomatische Lösung. Die Agentur zitierte einen ranghohen Regierungsmitarbeiter aus dem Umfeld des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon. „Israel schätzt wie die Vereinigten Staaten, dass man in diesem Stadium der Diplomatie eine Chance geben muss“, sagte der Mitarbeiter, der nicht namentlich genannt werden wollte. Iran müsse „unter Androhung von Strafen“ dazu gezwungen werden, auf Kernwaffen zu verzichten. US-Präsident George W. Bush habe mit seiner jüngsten Erklärung zur Gefahr des iranischen Atomprogramms „die gemeinsame Sichtweise unserer Länder“ zum Ausdruck gebracht.

Bush hatte bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus gesagt, er könne verstehen, dass Israel sich darüber Gedanken mache, ob die iranische Regierung Kernwaffen entwickle. Die USA unterstützten zwar die Bemühungen um eine diplomatische Lösung des Atomstreits mit Iran. „Aber wenn ich Regierungschef in Israel wäre und die Erklärungen der Führer in Teheran hören würde, dann wäre ich auch um die Sicherheit meines Landes besorgt“, betonte Bush. Iran habe seine feindliche Haltung gegenüber Israel offen erklärt. „Und die Israelis sind beunruhigt, ob Iran eine Atomwaffe entwickelt oder nicht, so wie wir es sind und wie es jeder sein sollte“, sagte Bush. „Wir werden Israel unterstützen, wenn seine Sicherheit bedroht wird.“

**Vertrag Russland-Iran über Brennstofflieferung**

Rußland und Iran haben am 27. Februar einen Vertrag über die Lieferung von Brennstäben für das Atomkraftwerk in der südiranischen Stadt Buschihr sowie über die Rückführung und Lagerung des Atom Mülls unterzeichnet. Der 1000-Megawatt Leichtwasserreaktor, an dem russische Techniker seit zehn Jahren arbeiten, soll bis Ende dieses Jahres fertig gestellt und 2006 in Betrieb genommen werden. In dem vom iranischen Vizepräsidenten Gholamresa Aghasaseh und dem Chef der russischen Atombehörde Alexander Rumajantsew unterzeichneten Vertrag hat sich Russland verpflichtet, in einer ersten Lieferung bis Ende Mai 90 Tonnen Kernbrennstoff für das Atomkraftwerk zur Verfügung zu stellen und über einen Zeitraum von zehn Jahren den Bedarf des Kraftwerks an Brennstoff zu decken. Demgegenüber stimmte Iran der Rückführung des Atom mülls zu.

Ursprünglich sollte die Unterzeichnung bereits am 25. Februar erfolgen, sie verzögerte sich jedoch, weil bestimmte Differenzen ausgeräumt werden mussten. Dabei ging es vor allem um die Rückführung des Atom mülls. Moskau hegte die Befürchtung, Iran könnte den gebrauchten Brennstoff mit Hilfe von Zentrifugen aufarbeiten und zur Herstellung von „schmutzigen Bomben“ oder Atomwaffen nutzen.

Aus iranischer Sicht ist die Unterzeichnung des Vertrags äußerst wichtig, nicht nur weil dadurch die Inbetriebnahme des Reaktors gesichert wird, sondern auch weil der Vertrag die Anbindung Russlands an das iranische Atomprogramm festigt. Russland hat sich bisher geweigert, dem Druck Washingtons nachzugeben und die Zusammenarbeit mit Iran einzustellen. Im Gegenteil, zwei Tage vor dem Treffen mit US-Präsident George W. Bush in Bratislava bekundete Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit dem iranischen Chefunterhändler für Atomfragen, Hasan Rohani, in Moskau sein volles Vertrauen in die iranische Atompolitik. „Die jüngsten Schritte der iranischen Seite haben uns überzeugt, dass Iran nicht die Absicht hat, eine Atombombe zu bauen“, sagte Putin. Russland werde aus diesem Grund seine Zusammenarbeit mit Teheran „auf allen Feldern fortsetzen, einschließlich der Nuklearenergie.“ Iran sei seit langem

ein verlässlicher Partner. Er werde auch bald das Land besuchen.

Zugleich mahnte Putin Teheran, sich an internationale Verpflichtungen zu halten. „Wir hoffen, dass sich Iran strikt an alle Verpflichtungen hält, die es bilateral gegenüber Russland und international mit anderen Staaten eingegangen ist“, sagte der russische Staatschef. Rohani erwiderte, er hoffe Russland werde bei der Beilegung des iranischen Atomkonflikts eine wichtige Rolle spielen. Damit meinte er, Moskau könnte im Falle, dass die USA den Streit um das iranische Atomprogramm vor den UN-Sicherheitsrat bringen würden, gegen mögliche Sanktionen sein Veto einlegen.

Indes hat Teheran noch einmal bekräftigt, unter keinen Umständen auf die Fortsetzung seines Programms verzichten zu wollen. Atomchefunterhändler Hassan Rohani sagte nach Gesprächen mit Frankreichs Präsident Chirac und Deutschlands Außenminister Fischer in Paris und Berlin, die dauerhafte Aussetzung der Urananreicherung stehe nicht zur Debatte. Dies betonte auch Außenamtssprecher Hamid Resa Assefi noch einmal am 27. Februar in Teheran.

Nordkorea sichert Iran Beistand zu

Im Streit um das iranische Atomprogramm sucht Nordkorea offenbar den Schulterchluss mit Iran. Wie die staatliche Nachrichtenagentur Nordkoreas berichtete, sicherte die Führung des Landes in ihrer Grußbotschaft zum 26. Jahrestag der iranischen Revolution der Regierung in Teheran Unterstützung zu. Iran habe „tapfer alle Arten von Belastungen und Herausforderungen in den vergangenen 26 Jahren abgewehrt“, hieß es in der Grußbotschaft von Parlamentspräsident Kim Young Nam, der Nummer zwei in der nordkoreanischen Hierarchie. In einer weiteren Botschaft habe Ministerpräsident Pak Pong Ju die erfolgreiche Verteidigung der iranischen Souveränität gewürdigt. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern würden ständig stärker.

Volksmodjahedin-Kundgebung in Berlin

Der „Nationale Widerstandsrat Iran“, eine Tarnorganisation für die iranische Volksmodjahedin, veranstaltete am 10. Februar, dem 26. Jahrestag der is-



lamischen Revolution, eine „Kundgebung für Demokratie und Menschenrechte“ in Berlin. Auf dem Flugblatt wurde Maryam Rdjavi, die Präsidentin des Nationalen Widerstandsrats und Frau von Masud Radjavi, des „Führers“ der Volksmodjahedin zitiert: „Die Lösung für den Iran ist weder eine militärische Intervention noch die von der Europäischen Union betriebene Politik der Beschwichtigung. Die dritte Option heißt: Demokratischer Wandel im Iran durch die Bevölkerung und den Widerstand des Irans.“

Nach Angaben der Organisatoren wurde die Kundgebung unter anderem vom „Deutschen Bund für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (DBSH) und der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ gesponsert und von zahlreichen Parlamentariern unterstützt. Um welche Parlamentarier es sich handelte, wurde nicht bekannt gegeben. Vermutlich war den Abgeordneten sowie den Menschenrechtorganisationen nicht bekannt, dass die Organisation der Volksmodjahedin bereits vor Jahren sowohl von der EU als auch von den USA als „terroristisch“ eingestuft wurde.

Die Kundgebung sollte ursprünglich in Paris stattfinden. Sie wurde jedoch von der französischen Polizei verboten. Auch die Berliner Polizei hatte die zunächst erteilte Erlaubnis zurückgenommen. Es besteht der Verdacht, dass auf der Kundgebung für die terroristische Volksmodjahedin geworben werden sollte, so die Begründung. Doch das Berliner Verwaltungsgericht hob das Verbot unter bestimmten Auflagen auf. Die Organisatoren hatten 35.000 Teilnehmer angekündigt, es kamen 2000.

Die oppositionellen Volksmodjahedin hatten während des iranisch-irakischen Kriegs Mitte der achtziger Jahre ihre Zelte im Irak aufgeschlagen und mit militärischer und finanzieller Unterstützung des Regimes von Saddam Hussein Stützpunkte errichtet, um von dort aus einen bewaffneten Kampf gegen das Regime der Mullahs in Iran führen zu können. Doch ihre zweimaligen Versuche, die Grenze zu überschreiten, wurden beim Verlust hunderter ihrer Mitglieder zurückgeschlagen. Dennoch wurde jede Kritik gegen dieses militärische Abenteuer, selbst wenn sie von führenden Mitgliedern stammte, im Keim erstickt. Mitglieder, denen in den letzten Jahren die Flucht gelang, berichten übereinstimmend, dass in den Gefängnissen, die die Organisation als

„Erziehungslager“ errichtet hatte, brutal gefoltert wurde.

Die Organisation, deren Ideologie eine Mischung aus Islamismus und Stalinismus bildet, geriet nach dem Sturz Saddams Husseins und der Besetzung Iraks in eine prekäre Situation. Irakische Gruppen plädierten für die sofortige Ausweisung der Mitglieder der Volksmodjahedin mit der Begründung, dass diese bei der Niederschlagung der Opposition gegen Saddam Hussein, insbesondere der Niederschlagung der Kurden, die irakische Armee und Geheimdienste unterstützt hätten. Die USA ordneten zwar nach der Besetzung Iraks die Entwaffnung der Volksmodjahedin an, gewährten ihnen jedoch einen „besonderen Schutzstatus“. Der stellvertretende US-Außenamtssprecher Adam Erli erklärte damals, die Volksmodjahedin würden weiterhin als terroristische Gruppe angesehen. Da sie jedoch während des Krieges nicht gegen die Koalition gekämpft hätten, würden sie gemäß der Genfer Konvention als „nicht kämpfend“ eingestuft. Der eigentliche Grund für die penible Einhaltung der Genfer Konvention, die bei anderen Gelegenheiten durch die USA eklatant missachtet wurde, lag vermutlich eher darin, dass Washington die Volksmodjahedin als Druckmittel gegen Teheran einsetzen wollte. Darauf deuten auch Berichte der amerikanischen Presse hin, die besagen, dass die USA seit dem Irak-Krieg den Volksmodjahedin nicht nur Schutz, sondern auch finanzielle Hilfe gewähren. Dafür spricht auch die Position der Volksmodjahedin, die zwar, wie aus dem Zitat von Marjam Radjavi zu entnehmen ist, eine militärische Intervention gegen die Islamische Republik nicht gutheißen, aber auch Verhandlungen mit Teheran, die gegenwärtig von der EU geführt werden, ablehnen.

Ohne Zweifel handelt es sich bei den Machthabern in Iran um eines der brutalsten Regime, die die iranische Geschichte je erlebt hat. Fraglich bleibt nur, ob eine Organisation wie die Volksmodjahedin, die bei ihrem Streben nach Macht nicht davor zurückschreckt, mit Regime wie dem von Saddam Hussein Bündnisse einzugehen oder sich von Washington instrumentalisieren zu lassen und Kritiker in eigenen Reihen unterdrückt und foltern lässt, dazu geeignet wäre, das iranische Volk bei seinem Kampf um Freiheit und Demokratie zu führen.



Gemeinsame Front Syrien-Iran

Iran und Syrien planen die Bildung einer gemeinsamen Front. Einen Tag nach der Ermordung des ehemaligen libanesischen Regierungschefs Rafik Hariri traf Syriens Ministerpräsident Nadschi al Otari in Begleitung einer hochrangigen Delegation zu einem offiziellen Besuch in Teheran ein. Bei einem Gespräch mit dem iranischen Vizepräsident Mohammad Resa Aref, erklärte Otari: „Das Treffen mit der iranischen Staatsführung, das zu einer sehr sensiblen Zeit stattfindet, ist wichtig, besonders weil Syrien und Iran vor mehreren Herausforderungen stehen und es notwendig ist, eine gemeinsame Front zu bilden.“ Aref erwiderte: „Wir haben gemeinsame Sicherheitsinteressen und werden von gleichen Gegnern bedroht. Das macht eine enge Zusammenarbeit notwendiger denn je. Wir sind bereit, Syrien in allen Punkten gegen Bedrohungen zu helfen.“ Obwohl Aref die Gegner nicht beim Namen nannte, war nicht schwer zu erraten, dass er die USA und Israel meinte. Der Sprecher des Weißen Hauses, Scott McClellan, sagte dazu in Washington, die beiden Staaten hätten „nicht allein Probleme mit den Vereinigten Staaten, sondern mit der gesamten Weltgemeinschaft“. Diese Stellungnahme veranlasste Syriens Botschafter in Washington zu einem Dementi. Die Front richte sich nicht gegen die USA, erklärte er. „Wir betrachten die USA nicht als Feind und streben eine solche Feindschaft auch nicht an.“

Nach dem Mordanschlag an Hariri haben sich die Spannungen zwischen den USA und Syrien verschärft. US-Außenministerin Condoleezza Rice schloss bei einer Anhörung im US-Senat sogar einen Militärangriff gegen Syrien nicht aus. Präsident George W. Bush forderte Damaskus erneut auf, seine Truppen aus Libanon abzuziehen.

Syrien gehört seit der Gründung der Islamischen Republik (1979) zu den engsten Verbündeten Irans. Das Land entschied sich während des Iran-Iraks Kriegs (1980-88), den das Regime Saddam Husseins als einen Krieg zwischen Arabern und Iranern darstellen wollte, zugunsten Irans, was Iran u.a. durch die Lieferung von jährlich einer Million Tonnen Erdöl und großzügiger Kreditvergabe belohnte.

„Die Beziehung unserer Länder hat eine lange Geschichte“, sagte Präsident Mo-

hammad Chatami. Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der letzten Jahre habe diese Beziehung gefestigt. Die Standpunkte beider Länder bezüglich regionaler und internationaler Probleme seien sehr nah. Iran trete für Frieden, Gerechtigkeit und Humanität ein. Dies gelte auch für den Nahen Osten. Man könne nicht Territorien anderer Länder besetzen, die Bewohner vertreiben und ihnen die Rückkehr verbieten, fügte Chatami hinzu und betonte: „Wir werden den Widerstand in Libanon unterstützen, weil er sich gegen die Besatzer richtet.“

Chatami nahm auch zu dem Terroranschlag gegen Hariri Stellung und sagte: „Der Terrorismus ist unser aller Feind und er kennt keine Grenzen.“ Von dem schrecklichen Ereignis würden nur jene profitieren, die keine Ruhe und Frieden für die Region wünschen.

Auch Ex-Staatspräsident Rafsandjani begrüßte die Intensivierung der Beziehung zu Syrien und sagte, der Zusammenarbeit müssen sich auch Libanon, Irak und andere islamische Staaten anschließen. Ein Bündnis zwischen diesen Staaten würde eine „mächtige Kraft“ bilden, die sich für Frieden und Gerechtigkeit in der Region einsetzen könnte, zum Beispiel für die Herstellung der Ordnung im Irak und den Wiederaufbau des Landes.

Al Otari begrüßte den Vorschlag und erklärte, sein Land werde „von der Seite der Libanesen und Palästinenser nicht weichen, bis sie ihre Rechte bekommen haben“.

Die demonstrative Annäherung der beiden Staaten zum jetzigen Zeitpunkt wirft Rätseln auf. Dass Syrien, ein Staat, der in der arabischen Welt ziemlich isoliert ist und vom Westen, insbesondere von den USA zunehmend angefeindet wird, in einer gemeinsamen Front mit Iran Schutz sucht, ist noch nachvollziehbar. Die jüngsten Vorgänge in Libanon, die Forderung der USA, Syrien solle seine Truppen aus Libanon abziehen und die Drohung Washingtons mit einem militärischen Angriff, haben das Land in eine prekäre Situation gebracht. Das relativ kleine Land mit 14 Millionen Einwohnern wird nicht in der Lage sein, sich ohne starke Verbündete gegen äußere Angriffe zur Wehr zu setzen.

Warum sich aber Iran, das selbst wegen seines Atomprogramms, seiner Nahost-

Politik und seiner Beziehung zu terroristischen Organisation bzw. zum palästinensischen Widerstand insbesondere von den USA massiv unter Druck gesetzt wird, zu einer gemeinsamen Front mit Syrien entschließt, ist unverstündlich. Syrien wäre im Ernstfall weder militärisch noch ökonomisch in der Lage, Iran eine brauchbare Hilfe zu sein. Politisch ist eine größere Annäherung Irans an Syrien eher schädlich, denn auch Syrien wird Verbindung zum internationalen Terrorismus vorgeworfen. Jedenfalls wird eine gemeinsame Front mit Syrien den Vorwurf erhärten, Iran mische sich in Angelegenheiten der Region ein und sei vor allem für die Terroranschläge im Irak mitverantwortlich.